

Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz vom 24. Juni 2006, Casino de Montbenon, Lausanne

Protokoll

Präsident : Yves Ferrari
Dauer : 12.30 – 17.15 Uhr

Entschuldigt : Urs Bernhardsgrüter, Röbi Brunner, Kathrin Giovannone-Hofman, Kuno Kälin, Andréas Knobel, Barbara König, Jürg Schacher, Marie Schaffer, Louis Schelbert, Iris Schelbert, Fredi Zimmermann, Hubert Zurkinden, die Delegierten aus dem Tessin.

1. Begrüssung

Yves Ferrari, Präsident der Grünen, Sektion Lausanne: begrüsst die Delegierten. Erinnert daran, dass Lausanne die erste Stadt in der Schweiz ist mit grünem Bürgermeister. Es sind jetzt sogar zwei Grüne in der Stadtregierung vertreten. Dankt insbesondere Ruth Genner für ihr Kommen trotz starker zeitlicher Belastung durch den Regierungsratswahlkampf.

Ruth Genner, Präsidentin : Die Grünen können sich über die Erfolge dieses Jahres freuen. Beglückwünscht die Grünen Bern zur Wahl von Bernhard Pulver in den Regierungsrat, gratuliert zu den Erfolgen in den Parlamentswahlen und zur beschlossenen Föderation zwischen Grüner Freier Liste und Grünem Bündnis. Die Erfolge der Grünen sind der Beweis dafür, dass wir glaubwürdig sind und dass ein grosser Teil der Bevölkerung sich in unserer Politik wieder erkennt. Die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich in ihrem Umgang mit den Schwächeren, das ist der Grund, weshalb sich die Grünen für Chancengleichheit für alle einsetzen.

Die Grünen Schweiz werden bald Zuwachs bekommen: die Grünen in Zug werden noch diesen Sommer entscheiden, ob sie den Beobachterstatus beantragen wollen. Sie planen, für den Ständerat kandidieren.

Ueli Leuenberger, Vizepräsident: begrüsst ganz besonders die Grünen in der Waadt, wünscht all den vielen Neugewählten in der Waadt aber auch in den anderen Kantonen den nötigen Weitblick. Eben diese Weitsicht wünscht er auch der Zürcher Bevölkerung, wenn es darum geht, zwischen Ruth und ihrer bürgerlichen Gegnerin zu wählen am 9. Juli!

Die Feindseligkeit gegenüber Fremden und gegenüber der Umwelt wächst. Das muss sich ändern. Die aktuelle Situation erfordert eine Wende und genau deshalb sind die Grünen in allen Wahlen so erfolgreich. Was auf institutioneller Ebene geschieht, muss aber ganz eng verknüpft werden mit dem Engagement auf der Strasse, bei und mit den Leuten. Der Moment, neue Mitglieder zu werben, ist günstig → den Dialog pflegen und ebenso die interne Demokratie auf allen Ebenen der Partei !

2. Statutarisches

Zu StimmenzählerInnen werden gewählt : Pierre Lipschütz, Bea Wigggenhauser, Yves Filippozzi, Anita Marchetto, Urs Meyer

Protokoll der Delegiertenversammlung vom 4. März 2006 in Bern : wird einstimmig genehmigt.

Wahlen in den Vorstand :

Vincent Rossi VD : wird von Tinetta Maystre vorgestellt und wird Laurent Rochat ersetzen. Der 31-jährige ist Ingenieur und Umweltberater. Er leitet die Jungen Grünen Waadt und ist Mitglied der Umweltgruppe der Jungen Grünen Schweiz. Engagiert und motiviert, seit 2003 bei den Grünen dabei.

Kathrin Giovannone-Hofman BS : wird von Bea Biggenhauser vorgestellt. Kathrin ist Juristin, Ersatzrichterin am Strafgericht in Basel und erste vollamtliche grüne Richterin im Kanton Basel. Kathrin ist Vizepräsidentin der Grünen Basel.

Andreas Kyriacou Stadt-ZH : wird von Esther Hildebrand vorgestellt. Andreas ist seit 1986 Mitglied der Grünen, Informatiker, Inhaber eines Beratungsbüros, sehr engagiert bei der Initiative für ein Kriegsmaterialexportverbot.

Vroni Zimmermann TG : wird von Isabella Stählin vorgestellt. Vroni ist Krankenschwester und seit Jahren engagiert im Migrationsbereich. Sie ist Vorstandsmitglied der Grünen Thurgau.
Boris Liechti JU : wird von Erica Hennequin vorgestellt. Boris wird der erste offizielle jurassische Vertreter im Vorstand der Grünen Schweiz werden. Er ist noch keine 21 Jahre alt und seit diesem Frühling im Vorstand der Grünen JU. Zur Zeit in Ausbildung zum Lehrer.

Vincent Rossi, Kathrin Giovannone-Hofman, Andreas Kyriacou, Vroni Zimmerman und Boris Liechti werden mit Akklamation in den Vorstand gewählt.

3. Ansprache von Daniel Brélaz, Stadtpräsident von Lausanne

Begrüssst die Delegierten zum zweiten Mal in Lausanne. Die Grünen sind zur Zeit im Zentrum des Interesses. Was wir vor 20 Jahren vorausgesehen haben, wird jetzt Wirklichkeit. Es zeigt sich auch, wie wichtig es gewesen wäre, schon früher zu handeln. In den Städten sind die Grünen seit 33 Jahren präsent, unsere Erfahrung mit den BürgerInnen und bei der Umsetzung von Projekten ist unbestritten.

Unsere Politik ist pragmatisch. Manchmal entstehen interne Spannungen, aber wir kommen weiter, wenn wir die unterschiedlichen Tendenzen innerhalb der Grünen respektieren. Die Leute stossen zu uns, weil sie überzeugt davon sind, dass wir mit unseren Lösungsansätzen die Herausforderungen der Zukunft meistern können. Schlüssel zum Erfolg ist, dass wir konstruktiv Lösungen erarbeiten und uns nicht auf die Oppositionsrolle beschränken.

4. Abstimmungen vom 24. September

Ausländer- und Asylgesetz

Gabriela Bader, Grüne Schweiz : stellt Claudio Micheloni vor, den früheren Generalsekretär des Forums für die Integration für die MigrantInnen FIMM, welches mit Solidarité sans frontières, dem welschen Komitee 2xNein und den Grünen das Referendum gegen das Ausländergesetz ergriffen hat. Claudio wurde Mitte April als Senator in das italienische Parlament gewählt.

Claudio Micheloni : überbringt als erstes Grüsse von Arnold Cassola, der als Vertreter der im Ausland lebenden Italiener in das italienische Parlament gewählt worden ist. Arnold ist Mitglied der Grünen, er war vorher Sekretär der europäischen Grünen.

Als das FIMM entschieden hatte, das Referendum gegen das Ausländergesetz zu lancieren, gab es nur eine einzige politische Kraft, die ebenfalls dazu bereit waren: die Grünen. Damit wurde das Referendum überhaupt erst möglich. Erst später sind andere Organisationen dazugekommen. Claudio bedankt sich dafür bei den Grünen und bei all denen, die das Referendum unterstützt haben und damit gegen eine diskriminierende Politik kämpfen, die unterscheidet zwischen EU-Mitgliedern und Nicht-EU-Mitgliedern. Die Nichtverankerung des Rechts auf das Permis C, die Benachteiligung beim Familiennachzug, die Schikanen auf allen Ebenen sind stärker als das einzige Argument, das für das Gesetz spricht : die gesetzlich verankerten Integrationsartikel. Wir sind gefordert, Antworten an die Adresse der fremdenfeindlichen und populistischen Kräfte in unserem Land bereit zu haben. Claudio ist optimistisch im Bezug auf die Abstimmungen, er geht davon aus, dass das Schweizer Stimmvolk reif und verantwortungsbewusst ist.

Ueli Leuenberger, Vize-Präsident : Die Grünen haben bei diesem Referendum eine ganz entscheidende Rolle innegehabt, ganz besonders bei der Bildung einer breiten Koalition. Mit dem Entscheid, das Referendum zu lancieren, haben wir eigentlich auch schon die Parole beschlossen. Jetzt geht es darum, überall zu informieren, Überzeugungsarbeit zu leisten. Wenn ein Teil der Bevölkerung gegenüber AusländerInnen kritisch ist, so ist das nicht gleichzusetzen mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Oft hat es mit mangelnder Information zu tun ! Diese Lücke müssen wir füllen. Die Gesetze gehen davon aus, dass alle Flüchtlinge in unser Land kommen, um zu profitieren. Aber dieses Jahr wurden ¾ der Asylgesuche angenommen => es ist nicht möglich, dass 75% der Gesuchstellenden falsche Flüchtlinge sind .

Philippe Martinet, VD : wie läuft die Kampagne in der Deutschschweiz ? Befürchtet, dass dort die Opposition viel schwächer ist.

Gabriela Bader : Auch in der deutschen Schweiz haben sich überall regionale Komitees gebildet. Viele Leute engagieren sich, die Zusammenarbeit ist gut, die Opposition ist breit und präsent.

Für die Kampagne wurde ein grüner Abstimmungsflyer zu allen drei Vorlagen vom 24. September produziert, der den Kantonen zur Verfügung steht. Für die Kampagne des 2xNein-Komitee wurde ein Kampagnenleiter angestellt. Ein Abstimmungsflyer und Plakate werden produziert, eine CD mit bekannten Schweizer Bands gegen die Gesetze ist bereits erhältlich. In der Romandie wird eine Zeitung und Plakate gemacht.

Hasim Sancar, BE : Die Stadtregierungen von Basel, Bern und Zürich haben sich gegen die Gesetze ausgesprochen. Andere Regierungen könnten sich ebenfalls öffentlich äussern.

Ueli Leuenberger : die Kampagne ist gut angelaufen, aber wir müssen wirklich einen grossen Effort machen, informieren und überzeugen.

Maria Teresa Escolar Mettraux : Leider rückt bei allen Diskussionen in den Hintergrund, dass die Menschen, wenn sie in ihren Herkunftsländern gute Lebensbedingungen hätten, nicht auswandern müssten. Emigration ist mit viel Leiden verbunden. Wir müssen in Zukunft auch in dieser Beziehung aktiv werden.

Die Delegierten beschliessen, die Parole für beide Gesetze gleichzeitig zu fassen.

Die Delegierten stimmen einstimmig (104 Stimmen) NEIN gegen die beiden Gesetze

Kosa-Initiative

Vorgestellt von Anne-Catherine Menétrey

Ziel der Initiative ist es, den Nettogewinn der Nationalbank der AHV zugute kommen zu lassen. Einzig der Betrag von einer Milliarde geht an die Kantone (heute gehen 2/3 des Gewinns an die Kantone, 1/3 an den Bund). Die Initiative darf nicht verwechselt werden mit derjenigen der SVP, die verlangt hatte, alle Erträge aus den Goldüberschüssen der Nationalbank integral an die AHV zu übertragen.

Wir haben alarmierende Voraussagen bezüglich Zukunft der AHV hören können. Dies, obwohl das Verhältnis zwischen AHV und BSP stabil bleibt zwischen 6 und 7 %. Die AHV-Beiträge wurden um 1% angehoben, zusätzlich kommt ein Mehrwertsteuerprozent dazu. Zur Zeit ist die Situation stabil, sie könnte sich aber je nach demographischer Entwicklung ändern (6% Pensionierte 1900, 16% im Jahre 2006, 24% im Jahre 2014).

Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen (z.B. Verzicht auf Teuerungsausgleich und auf Anpassung an Lebenskosten), mit denen den Folgen der Überalterung in unserer Gesellschaft begegnet werden soll, hätte eine effektive Kürzung der Renten um 20% zur Folge. Die KOSA-Initiative trägt dazu bei, die AHV ohne Kürzung der Renten zu halten und garantiert den Kantonen eine Milliarde Franken. Dies wiederum erlaubt diesen, jährlich einen fixen Betrag in ihrem Budget vorzubereiten.

Die Nationalbank hat keinerlei sozialpolitisches Engagement und fürchtet um ihre Unabhängigkeit. Diese Angst ist unbegründet, die Politik erhält keine Kompetenzen, sich in die Vermögensgeschäfte der Bank einzumischen. ACM ruft die Delegierten auf, Ja zur Vorlage zu stimmen.

Marcel Wüthrich BE : mit KOSA stellt sich ein Verteilungsproblem. Jeder Franken, der in die AHV geht, ist für andere Bereiche verloren. Bemerkenswert ist, dass die SVP die Initiative unterstützt, obwohl sie sonst immer für Ausblutung der Kantone ist.

Philippe Martinet VD : der Generationenvertrag ist wichtig bei den Grünen. Im Moment sind Einelfternfamilien und die Jungen benachteiligt, es fehlt Geld für die Forschung, etc. Auch diese Probleme verdienen es, gelöst zu werden, nicht nur die AHV. Mit der KOSA-Initiative wird versucht, eine Institution zu flicken, die nicht in gutem Zustand ist.

Christian van Singer, VD : die AHV ist bedroht. Die Sanierungsprojekt der Renten zielt auf Rentenkürzung. Ja zu KOSA heisst Kampf gegen diese Bedrohung. Wenn wir nicht in die erste Säule investieren, heisst dies nicht, dass automatisch andere Projekte realisiert werden.

Ruth Genner : ist für die Initiative. Wenn sie durchkommt, können die Kantone auf einen fixen Betrag jedes Jahr zählen. Die Kantone wollen Steuererleichterungen und ihre Schulden reduzieren und investieren nichts in den sozialen Bereich oder in die Forschung. Wer also ganz besonders profitiert, sind die alten Menschen. Wenn wir den Weg über die AHV wählen, dann profitieren die, die es am meisten nötig haben. Das ist eine sozialere Verteilung als wenn es über kantonale Steuersenkungen geschehen würde.

Anne-Catherine Menétrey : dieses Geld gehört dem Volk. Was jetzt geschieht, hat mit dem Solidaritätsprinzip nichts zu tun. Von diesem regelmässigen Einkommen wird die AHV

profitieren. Der Bundesrat spricht von 250 Millionen, die die Kantone weniger erhalten. Trotz dieser Reduktion erhalten die Kantone immer noch mehr Geld als 1990.

Patrick Wyss BE : auch Steuerreduktionen und Schuldentilgung sind positiv, weil sie ebenfalls kommende Generationen entlasten.

Mit 89 JA gegen 0 NEIN bei 14 Enthaltungen sagen die Delegierten JA zur KOSA-Initiative

5. Information

Aus der Fraktion (Therese Frösch) : Schwerpunktthema der Sondersession im Mai war die Einheitskrankenkasse, daneben wurde der Vorstossberg (über 1000 Vorstösse sind noch hängig) etwas abgetragen. Zentrale Themen der Sommersession waren, neben der Wahl von Doris Leuthard zur neuen Bundesrätin, für die die Grünen grossmehrheitlich nicht gestimmt haben, die Parl. Initiative zur Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben, die Rechnung 05, das Opferhilfegesetz und die CO2-Abgabe : so wie sie jetzt ausgestaltet ist, ist es nicht mehr als ein schlechter Kompromiss, den die Grünen aber trotz allem unterstützt haben, um wenigstens etwas in der Hand zu haben. Neu zur Fraktion gestossen ist der Nachfolger von Pia Hollenstein, Urs Bernhardsgrüter!

Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten (Jo Lang)

Der Vorstand der Grünen hat die Mitlancierung der Initiative beschlossen und damit klare Position bezogen gegen Waffengeschäfte. Weshalb wollten die USA Schweizer Panzer im Irak einsetzen, wenn nicht um ihre Aktionen in dem Gebiet zu legitimieren? Wenn wir keinen Terrorismus wollen, dürfen wir keine einzige Waffe liefern. Die Initiative ist auch eine Antwort an all jene Personen, die vor drei Jahren auf die Strasse gegangen sind, um gegen den Krieg im Irak zu protestieren!

Nationales Sekretariat (Miriam Behrens)

Klima-Initiative : Der Vorstand hat ein präziseres Verhandlungsmandat formuliert : das Projekt kann in Angriff genommen werden, wenn eine breite Allianz zu Stande kommt, die einen Erfolg der Initiative wahrscheinlich macht (schwieriges Unterfangen, da sehr viele Organisationen involviert sind). Die Verhandlungen sind jetzt im Gang, auch andere, weniger aufwändige Wege, zum Ziel zu kommen, sollen geprüft werden.

Bulletin vert : Neues Konzept, das grösseres Zielpublikum erreichen soll, ist gestartet. Dank an die Initianten Anita Frei und Pierre Lipschütz.

Aktion gegen den Sommersmog : Communiqué und Flyer sind in Vorbereitung für die Kantone.

5. Rechnung 2005

Hans Beat Schaffner : die Rechnung 2005 schliesst mit einem Verlust von Fr. 20'000.- ab. Die Lohnkosten waren höher als budgetiert, weil die Anstellungsprozente erhöht wurden. Die entsprechenden Folgen für die Lohnnebenkosten sind bei der Budgetierung nicht berücksichtigt worden. Damit steigen die Schulden per Ende 2005 auf 27'000.-

Die RevisorInnen Esther Hulliger und Martin Bischof, haben die Rechnung kontrolliert. Sie empfehlen der Delegiertenversammlung, dem Kassier Décharge zu erteilen.

Die Rechnung wird mit 96 Ja zu 0 Nein bei einer Enthaltung gutgeheissen

Ruth Genner : verabschiedet Hans Beat Schaffner, der sein Amt auf Ende 2005 abgegeben hat. Ruth dankt Hans Beat für sein 21 Jahre dauerndes Engagement als Kassier der Grünen ! Hans Beat war Gründungsmitglied der Schweizer Grünen, er wird die Grünen auch jetzt nicht ganz verlassen, bleibt er doch als Vertreter der Global Greens Vorstandsmitglied. Der Nachfolger von Hans Beat ist Kuno Kälin.

6. Initiative für eine soziale Einheitskrankenkasse

Podium : NC **Nello Castelli** (santésuisse, Gegner), ACM **Anne-Catherine Menétrey** (Befürworterin), FT **Franziska Teuscher** (Befürworterin), TF **Therese Frösch** (Moderation)

TF: Gemäss einer Umfrage des gfs-Forschungsinstituts haben immer mehr Menschen Mühe, ihre Krankenkassenprämien zu bezahlen. Die Initiative will unser Krankenversicherungssystem grundlegend verändern. Mit einer Kasse sollen die Prämien sinken. Das Volk wird sich entweder im November 2006 oder im März 2007 zur Initiative äussern. In diesem Zeitraum

bleibt viel Überzeugungsarbeit zu leisten, denn santésuisse hat die Mittel, eine teure Kampagne zu führen.

Monika Hächler ist Kampagnenleiterin und TF ist Präsidentin des Initiativkomitees.

ACM : Ziel der Initiative ist eine einzige Kasse mit dezentralen Büros, nach dem Modell der AHV-Ausgleichskasse oder der Arbeitslosenkassen. Die Prämien sollen abhängig sein vom Familieneinkommen und zumindest in einer ersten Phase regional unterschiedlich sein. Eine tripartite Führung ist vorgesehen, im Verwaltungsrat sind die öffentliche Hand, Versicherte und Leistungserbringer vertreten. Ein Erhalt der bestehenden Kassen ist vorstellbar, sofern diese auf ihr Angebot an Zusatzversicherungen verzichten. Daraus würde ein grosses Sparpotential resultieren : bei Reserven und Provisionen, beim Kassenwechsel, bei Werbung, bei der Jagd nach guten Risiken, bei den Administrativkosten und bei den Kaderlöhnen etwa. Unnötige medizinische Akten werden durch eine bessere Steuerung des Gesundheitssystems vermieden. Diese Steuerung garantiert die Kostentransparenz und würde eine bessere, längerfristige Planung ermöglichen. Wichtig ist, daran zu glauben, dass das Gesundheitswesen neu zu organisieren ist und damit den Krankheitsursachen (Umwelt, Lebensbedingungen und Arbeit) Rechnung trägt.

Die Liste der entschädigten Leistungen soll erhalten, resp. ergänzt werden. Der Bereich Gesundheitsförderung soll gestärkt werden, weniger Spezialistentum, dafür Stärkung des Hausarztnetzes ist Ziel. Ev. soll auch die Franchise gestrichen werden. Die Gegner befürchten eine Staatsmedizin wie in Frankreich, dass medizinische Leistungen rücksichtslos konsumieren würden, dass die Verwaltungskosten steigen (auf der Basis derjenigen der SUVA), dass keine Wahlfreiheit mehr existiert (aber besteht diese heute denn wirklich ?), dass der Übergang schwierig und kostenintensiv werden würde und dass daraus Arbeitsplatzverluste resultieren würden.

Gemäss der bundesrätlichen Botschaft ist das aktuelle System perfekt, das Finanzierungssystem funktioniert und hat sich bewährt. Die Initiative sei unvollständig : das ist nur logisch, handelt es sich doch um eine Verfassungsinitiative, die noch keine Details regelt. Es sei schwierig, die öffentliche Hand, die Patienten und die Leistungserbringer daran teilhaben zu lassen... Zudem könnten die jetzt bestehenden Kassen ihre Reserven liquidieren, wenn die Initiative angenommen würde und damit wäre das Geld nicht zur Verfügung für die Einheitskrankenkasse.

NC : die Einheitskrankenkasse bekämpft die Symptome, ohne an die Wurzeln des Übels zu gehen. Die Prämien widerspiegeln die Kosten (50% Erhöhung seit der Einführung des KVG) vor allem im Spitalbereich. Gründe dafür : Zunahme der technischen Leistungen und der Anzahl der Leistungen, Rückzug des Staates bei den Investitionen (ambulant statt stationär). Die Konkurrenz zwischen Versicherern besteht, ebenso die Differenzen bei den Prämien. Das hat einen positiven Effekt auf die Versicherten, die die Wahl haben. Die Zufriedenheitsrate der Versicherten liegt bei 4/5 bezüglich ihrer Krankenkasse. In der Regel generieren Monopole mehr Kosten als private Unternehmen, die Konkurrenz haben.

Die durch die Konkurrenz verursachten Kosten sind gering. Die Finanzierung des Systems basiert schon jetzt auf sozialen Kriterien (60% über Prämien, 40% über Steuern). Die individuellen Prämienverbilligungen entlasten die Versicherten. Einkommensabhängige Prämien würden die mittleren Einkommen mehr belasten. Auf viele Fragen gibt die Initiative keine Antwort : keine Schätzung über die Höhe der Prämien, keine Richtlinien. Wir erwarten von den Initianten, dass sie Details zum Gesetz bekannt geben.

Aufhebung des Verursacherprinzips und damit der individuellen Verantwortung. Keinen Abzug mehr für die Versicherten, die damit nichts mehr zu gewinnen haben (Aufhebung der Franchise).

ET : welches waren die Ziele des KVG ? Mehr Solidarität – gute Qualität der Leistungen des Gesundheitswesens für alle – Kostenkontrolle und –senkung. Heute besteht keine Solidarität mehr. Die Prämien belasten die Haushalte immer mehr. Aber man sagt uns, die Konkurrenz spiele. Die Konkurrenz spielt nur für die guten Risiken. Couchepin hat in seinem Kompetenzbereich (Franchisen und Selbstbehalt) mehrere Revisionen veranlasst. Tatsächlich bekämpfen wir nicht alle Symptome. Aber irgendwo muss man beginnen und die Prämien senkung ist ein Bereich, in dem wir etwas tun können.

TE : Tatsächlich besteht die Angst, dass die Einheitskasse zu einer Verminderung der Leistungen führen könnte. Was sagen Sie dazu? Und was geschieht diesbezüglich, wenn wir

beim jetzigen System bleiben? Einigen Patienten werden heute nicht einmal mehr die Kosten zurückerstattet, die im Leistungskatalog aufgeführt sind.

NC : ein Artikel des KVG gestattet es den Versicherern seit Beginn dieses Jahres, die Leistungen nicht rückzuvergüten, wenn der Versicherte seine Prämien nicht bezahlt hat ? Die Versicherer können sich hinter diesem Gesetzesartikel verstecken, aber man muss wissen, dass es die Inkassoabteilung ist, die über die Zahlung entscheidet; diese kennt das medizinische Dossier des Patienten nicht.

AC : die rein wirtschaftliche Ausrichtung der Gesundheit ist problematisch : es ist unzulässig, die medizinischen Leistungen nicht zu vergüten, wenn eine Person ihre Prämien nicht mehr bezahlen kann. Schon heute werden bestimmte Leistungen nicht mehr übernommen, weil sie zu teuer sind. Wir sind auf dem Weg zu einer hypertechnologisierten Medizin mit grossen Rivalitäten unter den Kantonen, die sich nicht koordinieren wollen. Man entwickelt keinen anderen Zugang zur Gesundheit, einen ganzheitlicheren, zur sanften Medizin hin orientierten. Eine Einheitskasse, die die Bedürfnisse der Patienten berücksichtigt, würde es ermöglichen, sich neu zu orientieren und sich von dieser technischen Optik wegzuwenden, die sich nicht am Leben der Menschen orientiert.

FT : Die Einheitskasse hätte zu den Leistungen nicht viel zu sagen, es ist der Gesetzgeber, der entscheidet, was übernommen wird und was nicht, genau so wie heute. Ein grosser Vorteil der Einheitskasse mit ihrer tripartiten Führung ist, dass die Patienten mitzureden haben.

TF : Im jetzigen System haben die Kassen, die einseitig wirtschaftlich orientiert sind, keinerlei Verantwortung für die Gesundheit ihrer Klienten. Sie sind nicht daran interessiert, dass diese gesünder sind, Prävention interessiert sie auch nicht besonders. Wenn die Gesundheitskosten steigen, wird dies auf die Prämien abgewälzt. Das ist kein Vorwurf an die Adresse der Krankenkassen, aber eine Feststellung zum perversen Effekt des Systems.

NC : den Versicherern sind die Bedürfnisse der Patienten auch wichtig. Sie möchten das System des « Management care » einrichten, um die Patienten während einer langen Zeitdauer begleiten zu können. Es werden Anstrengungen für die Gesundheit der Patienten und deren Eigenverantwortlichkeit gemacht. Zur tripartiten Leitung : die Ärzte müssten sich äussern zu den Tarifen ihrer Kollegen und würden sich mit den beiden anderen Parteien nicht einigen können. Loyalitätskonflikt nennt man das.

ACM : das ist bereits jetzt der Fall. Der Vertrauensarzt der Versicherung entscheidet bezüglich Rechnungen der Leistungserbringer, z.B. dass eine Konsultation, die länger als 20 Minuten dauert, nicht rückerstattet wird. Es braucht eine bessere Zusammenarbeit aller betroffenen Personen. Zum Verursacherprinzip, das Sie angesprochen haben : im Gesundheitsbereich ist das Prinzip der Eigenverantwortung unsinnig, da die Menschen nicht unbedingt die Wahl haben, wie sie leben möchten, sie sind beruflichen oder Umwelteinflüssen ausgesetzt, denen sie nicht ausweichen können. Unsere Gesellschaft funktioniert so, dass alles, was nicht der Schönheitsnorm entspricht, kuriert werden muss. Das hat mit Eigenverantwortung nichts zu tun.

FT : zum Stichwort Kopfprämien : die Schweiz ist das einzige Land mit diesem System. Eigenverantwortung: was ist mit den Menschen, die mit einer schweren Krankheit geboren werden ? Zudem ist eine soziale Finanzierung ganz besonders wichtig, um Konflikte zwischen alten und jungen, Familien und Kinderlosen, tiefen und hohen Einkommen zu vermeiden.

Marcel Wüthrich, BE : (Versicherungsmathematiker bei der Visana, spricht aber hier als Grüner) 2003 haben die Schweizer Grünen in Luzern mit einer knappen Mehrheit entschieden, die Unterschriftensammlung zu unterstützen. Ich bin erstaunt, dass man die interne Kritik an diesem Projekt nicht ernster genommen hat, das zeigt sich auch heute auf dem Podium. Ein positiver Punkt ist die Mitsprache der Versicherten. Das ist allerdings auch im aktuellen System möglich. Die KonsumentInnenorganisationen und andere Fachorganisationen sind gegen die Einheitskasse. Sie sehen das Problem nicht bei den Prämien. Es gibt keine Lösungen „à la FDP, SP, SVP oder Grünen ». Das Problem ist überall in Europa das selbe : die Konsumation steigt, deshalb auch die Kosten, und die Prämien folgen. Das System gibt nicht die nötigen Anreize, um gegen diese Tendenz zu wirken. Aber man könnte die Situation verbessern, in dem man die Risiken unter den Kassen besser verteilt, so verhindert man die Jagd nach guten Risiken. Diese Probleme können auch ohne Einheitskasse gelöst werden. Marcel stellt sich den Kantonalsektionen als Referent zur Verfügung, wenn sie ihre Parolen beschliessen.

Luc Recordon, VD : zum stetigen Anstieg der Kosten : dieser ist beeinflusst von der Umweltverschmutzung und dem medizinischen Fortschritt) : die wilde Konkurrenz zwischen den

Versicherern ist destruktiv und dem ethische Aspekt wird nicht Rechnung getragen. Die Versichererlobby ist mächtig und spart nicht mit Mitteln, um ja keine Vorteile zu verlieren. Anreiz, weniger zu konsumieren : eine Einheitskasse wäre unter dem Druck der öffentlichen Hand => keine negativen Anreize.

Philippe Martinet, VD : (Grossrat, Mitglied der Gesundheitskommission) Der Text der Initiative wurde weiterentwickelt. Er ist offener und erlaubt es, die Anwendungsmodalitäten noch zu definieren. Weil die Initiative einen gewissen Handlungsspielraum offen lässt, sind noch nicht alle Details geregelt. Santésuisse benützt nun gerade die Details, um bei den technischen Aspekten einzuhaken und um nicht eine Bilanz liefern zu müssen dessen, was sie bis jetzt tun. Der Kampf gegen die Ursachen geschieht heute primär über das Portemonnaie und soziale Diskriminierungen.

?? : weiss als ehemaliger Angestellter des Bundes im Bereich Sozialversicherungen, dass eine staatliche Institution nicht immer teurer ist. Die private Brandversicherung z.B. kostet doppelt bis dreimal so viel wie die öffentlich geführte. Die SUVA macht Werbung, aber im Bereich Prävention. Invalidenrente : die SUVA hat den grossen Verdienst, überall in der Schweiz einheitliche Tarife festgelegt zu haben.

Iren Eichenberger, SH : befürchtet eine einzige, zentralisierte Verwaltungsstelle. Was mit dem KVG geschieht, ist nicht erstaunlich. Es bevorzugt alle, ausser die Versicherten und ausser die, die das Prinzip der Eigenverantwortung nicht berücksichtigen. Befürchtet auch, dass die Alternativmedizin nicht besser davonkommt mit der Einheitskasse, da dies eine Entscheidung ist, die auf Bundesebene gefällt werden muss.

Christian van Singer, VD : in Anbetracht der jetzigen Mittelverschwendung, dem Mangel an Transparenz, der Jagd nach guten Risiken, den Salären der Direktoren ist die Wahl klar. Man nennt als Beispiel die nordischen Länder, wo das System funktioniert, aber man darf Frankreich und Italien nicht vergessen, wo die Situation katastrophal ist. Wenn man also eine Einheitskasse will, muss man wissen, was man will, um ein Modell zu verhindern, das nicht funktioniert. Damit könnten wir auch den Gegnern den Wind aus den Segeln nehmen.

Nathalie Imboden, BE : es gibt einige Massnahmen mit denen die Situation verbessert werden könnte. Aber die Entscheide auf der politischen Ebene gehen in eine ganz andere Richtung. Die Verbesserung bei der Risikokompensation z.B. wurde vom Parlament und von den Kassen abgelehnt. Sicher regelt die Einheitskasse nicht alle Probleme, aber immerhin schon einige. Sie hat zwei sichere Vorteile: soziale Finanzierung und Partizipation der Versicherten.

ET : Die Solidarität ist wichtig : wer weniger verdient, bezahlt weniger, hat aber dieselben Leistungen. Sicher ist auch, dass wir über mehr finanzielle Mittel verfügen werden.

NC : heute ist eine Monopolsituation nicht unvermeidbar. Eine grössere Konzentration ist möglich, eine gesunde Konkurrenz würde bestehen bleiben. Man stellt die Initianten, die sich als Vertreter der Patienten verstehen, den Versicherern gegenüber, die nur den Gewinn vor Augen haben. Emotionen machen in diesen Debatten einen grossen Teil aus. Die Einheitskasse wird mit denselben Problemen konfrontiert sein. Heute besteht Transparenz, die Versicherungen müssen alle Zahlen offen legen.

ACM : welches ist die Grenze der medizinischen Konsumation ? das ist eine grundlegende Frage. Ich bin nicht gegen Eigenverantwortung und die Gesundheitserziehung. Es geht nur darum, diese Verantwortung zu definieren. Situiert sie sich im Respekt vor dem Leben? Man kann auch ein rationelleres Verhältnis zur Pflege entwickeln. Zur Mittelschicht: es ist falsch zu sagen, die mittleren Einkommen würden stärker belastet mit der Einheitskasse wegen dem Wegfall der Prämienvorbilligungen. Im Moment verdient die Mittelschicht gerade zu viel, um Vorbilligungen zu erhalten und muss deshalb grosse finanzielle Belastungen auf sich nehmen.

TE : schliesst die Debatte mit der Feststellung, dass das Interesse am Thema gross ist. Die Diskussion innerhalb der Partei geht weiter !

7. Diverses

Miriam Behrens : bedankt sich bei den Waadtländer Grünen für die gute Organisation der DV und den herzlichen Empfang. Sie gratuliert Yves zu seiner professionellen Leitung der DV. Ein herzlicher Dank geht auch an die technische Equipe, an die Übersetzerinnen Nicole Stoll und Nicole Peyer und an die RevisorInnen Esther Hülliger und Martin Bischof.

Yolande Peisl / Übersetzung : Gabriela Bader, August 2006